

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährl. 10,50 Mk., monatl. 3,50 Mk. frei ins Haus, postfrei. ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 1,50 Mk. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Freitag, den 5. Dezember 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Schwere Belastung Reinhardts.

Der Prozeß Marloh.

Dritter Verhandlungstag.

Als erster Zeuge wird heute der Lic. Piarrez Dr. Rump bennommen. Er sagt aus: Ich habe Oberleutnant Marloh im Mai 1918 kennen gelernt. ...

das dürfte er nicht sagen.

Ich fragte Wehmeyer dann, ob Marloh denn etwas Unrechtes begangen habe. Die Antwort lautete:

Ja, er hat nur auf Befehl gehandelt. Ich selbst habe ihm den Befehl überbracht.

Ich sagte: Warum wird denn das nicht veröffentlicht? Wehmeyer erklärte mir darauf, daß sei zurzeit unpolitisch, da die Unabhängigen ...

Er solle erschießen, was er erschießen könne,

und wenn es auch 150 Mann seien. Die Unterstützung würde noch 1 1/2 Stunden auf sich warten lassen. ...

Es wunderte mich, daß der mit Zumbroich zusammen aufgelegte Bericht nicht das Wohlgefallen der Vorgesetzten gefunden hatte, ...

die Wahrheit sehr stark freiert

worden." Vor seiner Verhaftung schrieb Marloh mir einen Brief, ...

Der dritte Tatbericht wurde von Marloh zusammen mit Oberst Reinhard und Staatsanwalt Weichmann fertiggestellt. ...

Dann macht Oberst Reinhard den Deckel zu.

Bei der Befragung des dritten Berichtes hat Marloh gesagt: Der Oberst, das ist eine große Nummer, aber ich tue es im vaterländischen Interesse. ...

32 blühende Menschen niedergemetzelt

und da sagt Ihnen der Oberst, daß das eine Sache ohne Bedeutung sei. Und Sie geben sich dazu her, einen dreifachen Tatbericht zu machen. ...

Hier unterbrecht sich Piarrez Rump und wendet sich an den Vorsitzenden: Darf ich nicht bitten, während dieser Zeile meiner Aussagen die Öffentlichkeit anzuschließen? ...

Die Sache wird geschickt gedreht werden.

Als ich dies erfuhr, machte ich mir sofort Aufzeichnungen. Ich habe dann Marloh und Wehmeyer zu mir zum Abendessen eingeladen und beide Herren wiederholt ermahnt, nur zu sagen,

was Ihnen als absolute Gewißheit im Gedächtnis war. Ich habe auch immer wieder um Aufklärung des Falles gebeten. ...

Oberst Reinhard ist sehr aufgebracht, daß Sie so schlapp vorgehen. Sie sollen ausgiebig von der Waffe Gebrauch machen und möglichst viele Matrosen erschießen. ...

Der letzte Satz steht bestimmt fest. Es ist Oberleutnant Marloh erst später zum Bewußtsein gekommen, daß dieser Befehl inhaltlich schärfster war, als der ihm von Wehmeyer überbracht, ...

Oberst Reinhard ist sehr wütend auf Dich, Du sollst erschießen, was Du kannst, und wenn es 150 Mann wären. Oberst Reinhard weiß auch nicht, wo er mit den ganzen Leuten hin soll.

Marloh wollte durchaus Verstärkung haben, dann würde er mit den Gefangenen schon fertig werden. Dann kam der Befehl von Leutnant Wehmeyer, der für ihn durchschlagend war. ...

Wegen jeden Führer eines Unternehmens, der nicht mit aller Schärfe vorgeht, wird kriegsgerichtlich eingeschritten werden.

Marloh sagte zu Wehmeyer: Ich kann doch nicht 150 Mann erschießen, Du bist wohl verrückt. Ich weiß allein, was ich zu tun habe. ...

Rüftung der Gefangenen.

Bei dieser Rüftung traf ihn Wehmeyer an. Dann schritt Marloh zur Erschießung. Das ist zunächst alles, was ich über meine Beziehungen zu Marloh und Wehmeyer bis zum 1. Juni auszusagen habe. ...

„Freiheit“: „Gute Zeit für Mörder“, ist Marloh nicht fortgegangen. Der Artikel in der „Freiheit“ hat aber auf Marloh einen Eindruck in anderer Richtung gemacht. Marloh merkte nämlich allmählich, daß er auf eine Dedung durch seine Vorgesetzten nicht mehr zu rechnen habe, ...

Internierung in einer Irrenanstalt oder Schutzhaft.

Ich war mit einem Doktor Kramer von der Irrenanstalt Dalldorf befreundet und wollte besuchen. Marloh dort unterzubringen, da ich voraussetzte, daß er sowieso auf seinen Geisteszustand untersucht werden würde. ...

Art dieser Unterredung stillschweigen zu bewahren. Ich nahm damals an, daß ich

als Seelsorger zu schweigen

habe und habe infolgedessen dem Kriegsgerichtsrat Meyer bei meiner ersten Vernehmung die Aussage über die Unterredung verweigert. ...

ein Lob Hinzenburgs durch den Mund Reinhardts

erhalten. Kessel antwortete: Marloh sei so stolz, daß er sich da Schwereigkeiten mache, wo man ihm helfen wolle. ...

Ich sagte nun weiter zu Kessel in der Unterredung: Wenn ich von der Flucht Marlohs überzeugt sein sollte, so möchte vaterländische Pflicht vorliegen. ...

Hauptmann Kessel sagte gelegentlich einer Unterredung zu mir: Die Herren vom Generalkommando Luttwig und Kriegsgerichtsrat Meyer würden heilfroh sein, wenn Marloh verschwindet. ...

ein mißlich konfuseres Urlaubsgesuch

eintreiben und mit dem würden wir dann zu Kriegsgerichtsrat Meyer hingehen und würden ihm sagen: Mit einem Hauptbefehl machen Sie nur der „Freiheit“ einen letzten Willen zu. ...

verhäft ich Marloh zur Flucht.

Meine Herren, Marloh soll nach der Anklage einer Urkundenfälschung schuldig gemacht haben. Wenn Marloh es ist, dann bin ich es auch. ...

Soviel Buchhändler gäbe es nicht,

wenn man alle Offiziere und Beamte, die sich falscher Papiere bedienen, einsperren wollte. ...

von seinen Vorgesetzten erhalten. Unter seinem Namen könne er ja doch nicht reisen und außerdem würden ihm seine Vorgesetzten bedauern. Diesen Versicherungseffekt habe Karloß und ich geglaubt. Als Kessel dann fortgegangen war, habe ich zu Karloß unter Vermeidung meiner Unterredung mit Kessel gesagt: Otto, ich kann dir noch schwerer Prüfung nur zweierlei raten.

Ironie oder Abreise.

Karloß wehrte sich ganz entschieden gegen die Abfassung des Urlaubsgesuchs und warf mir vor, ich hätte mich von Kessel beiraten lassen. Als ich ihm aber sagte: Du handelst im Vaterländischen Interesse und du bist nicht sicher, wenn du hier bleibst, ich als Seefahrer habe für die Erhaltung Deines Lebens zu sorgen, gab Karloß nach. Er sagte mir aber, daß alles im Kriege Erlebnis ihm nicht so schwer erschienen sei als

Der Befehl Reinhardts zur Grabsicherung.

Er hätte aber den Befehl seines Vorgesetzten ausführen müssen, denn er habe gewissermaßen am Feinde gestanden. Karloß wehrte sich, Urlaub zu beantragen, er wolle unter allen Umständen verhandeln und meinte, Kessel wolle doch nur, daß er die Verantwortung auf sich nehmen soll. Ich nahm an, daß Kessel im Auftrag der Regierung und des Obersten Reinhardts und des Gerichtsherrn gekommen sei. Karloß sei nicht geflohen, sondern nur verdächtig unter bewußter Verleugnung eigener Interessen. Er ist wie ein Eindringling in die Kasse gestiegen.

Nachdem die Entführung zur Pflicht gefallen war, kam Karloß zu mir und sagte traurig: „Das kommt davon, wenn man lügt.“

Kessel hat in einer Unterredung am 5. November mit Erzählung u. Dergleichen ausgeführt, daß die Mordtaten überaus und ungeschickt vor und für Karloß selbst schädlich. Vorz.: Angeklagter, was sagen Sie dazu? Karloß: Es tut mir leid, daß Pfarrer Kump alles aufpassen mußte, aber da Hauptmann v. Kessel gefahren nicht die reine Wahrheit gesagt hat, mußte ich zugeben, daß dies alles ausgesagt wurde.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Noch nicht . . .

Wie W. L. B. von unterrichteter Seite erfährt, sind die Nachrichten von einer Entlassung des Obersten Reinhardts unrichtig.

Die Hege gegen Major Kaupisch.

Major Kaupisch, gegen den ein Ueberfall verjagt worden ist, gehörte zu Beginn des Krieges dem Großen Hauptquartier an und war dann Chef des Stabes der in Mazedonien operierenden Truppen, also untreulich ein sehr qualifizierter Offizier. Nach der Revolution war er Verbindungsoffizier beim Gardekorps, wo er durch seine gewinnende und gewandte Art sich sehr schnell das Vertrauen der Soldatenräte des Gardekorps erworben hat. Kaupisch, der für die durch die Umwälzung eingetretene Situation volles Verständnis hatte, hat durch seine Gewandtheit, die von modernen Anschauungen getriggt wurde, so manche unnötige und gefährliche Schärfe ausgeglichen, die besonders durch den ehemaligen Chef des Stabes des Gardekorps, Major v. Boh, hervorgerufen worden war.

Da Kaupisch sich vorbehaltlos auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellte und überzeugt war, daß nur rückhaltlose Unterstützung der neuen Regierung Deutschland retten konnte, da er im übrigen kein Gamaßknopf, sondern ein Soldat mit modernen Anschauungen war, hatte er in bestimmten Offizierskreisen sehr bald wenig Freunde. Als dann der frühere Gouverneur von Berlin, Genosse Schöpflin, sich genötigt sah, den ehemaligen Stadtkommandanten Klawunde vom Dienste zu suspendieren und aus dienstlichen Gründen den Posten des Stadtkommandanten wieder mit einem Militär, statt mit einem Zivilisten, zu besetzen, wurde auf Vorschlag Schöpflins Major Kaupisch mit den Geschäften des Stadtkommandanten betraut. Wer die Internen kennt, weiß auch, daß gewisse militärische Kreise damals keineswegs davon erbaul waren, daß Schöpflin gerade den Major Kaupisch an diese Stelle brachte.

Major Kaupisch hat sich in der Stellung als Stadtkommandant sehr gut bewährt. Solange Schöpflin Gouverneur war, konnten Querstreiche nicht mit Erfolg gegen diesen Offizier arbeiten. Aber kaum hatte Schöpflin den Gouverneurposten verlassen, entstanden betriebssame Militärs, daß der Posten des Stadtkommandanten wieder mit einem höheren Offizier besetzt werden müsse. Oberst Grautoff vom Kriegsministerium, den man dem Genossen Schöpflin als Chef des Gouvernementsstabes beigegeben wollte — die Behauptungen hatten bei Schöpflin keinen Erfolg — wurde dann auch Stadtkommandant.

Die Herrschaften im Kriegsministerium haben immer gegenseitig für sich zu sorgen gewußt. Ruhete man auch in wichtigen dienstlichen Geschäften wochenlang auf die Erledigung worten, in solchen Personalfragen waren die Herren immer zur rechten Zeit auf dem „Damm“.

Herr Kaupisch wurde mit einer Spezialarbeit betraut, die mit den Vorgängen im Baltikum zusammenhängt. Daß man Offiziere mit modernen Anschauungen in bestimmten militärischen Kreisen nicht gerne sieht, ist doch offenes Geheimnis. Wir fürchten, Herr Kaupisch wird dieser Stimmung sehr bald auch zum Opfer fallen — wie vor ihm andere. Im letzteren Falle hat man ein bequemes Mittel, unsichtbare Offiziere über die Klinge springen zu lassen. Anzumerken: Die letzten Offiziere über die Klinge springen zu lassen lassen sich durchgreifende Erfolge erzielen.

Noch ein Wort zu der in der Presse angekündigten Aufhebung der Wachabteilung der Kommandantur, die zum 1. Januar erfolgen soll. Wir fragen: Ist für die zur Entlassung kommenden Mannschaften auch ein Vorposten getroffen worden? Unstreitig haben die Mannschaften der Wachabteilung in mancher schwereren und ernsten Stunde sehr gute Dienste geleistet. Einzelne Depots haben gerade in der Bekämpfung des Schleißhandels, der Aufhebung von Glückspielern usw. Verdienste erworben geleistet. Die vertriebe und frivole Agitation unserer Ultra-Kadetten hat es zuwege gebracht, daß die Wachmannschaften vielfach in den Betrieben boykottiert werden.

Was soll nun mit den zur Entlassung kommenden Deuten geschehen, die doch — um den alternen Ausdruck einmal anzuwenden — keine Postgarde sind, sondern nur Wachdienste verrichten? Wir sind mit der Tätigkeit der Wachabteilung durchaus vertraut und müssen sagen, es wäre ein Unrecht, wenn die Leute einfach zu Neujahr auf die Straße gesetzt werden. Es wäre auch ein schwerer Fehler, die Truppe überhaupt aufzulösen.

Marinebrigade Loewenfeld.

Das Reichswehrministerium schreibt: Ein Teil der Tagespresse beschuldigt sich lässlich mit einem angeblich von der 4. Kompanie des V. Matrosenregiments der Marinebrigade Loewenfeld verbreiteten anfechtbaren Werbeaufsatz. Leider ist keiner amtlichen Stelle ein solches Werbeblatt aufgestellt worden. Die Unternehmung bei dem Truppenteil hat ergeben: Die für Führung der Marinebrigade und Werbungen verantwortlichen

Dienststellen haben mit dem Aufsatze nichts zu tun und haben ihn nicht gekannt. Ob etwas von privater Seite — also vielleicht von ehemaligen Angehörigen der Sturmabteilung „Schlachtschiff“ — mit einem solchen Aufsatze Mißbrauch getrieben worden ist, ließ sich nicht feststellen, da für die Unternehmung kein anderes Material als eine Zeitungsnote vorlag.

Der Fall Viehweg.

Vor dem Kriegsgericht der Reichswehrbrigade III in Potsdam begann heute eine Gerichtsverhandlung über ein Vorkommen, das seinerzeit erhebliches Aufsehen gemacht hat. Wegen Verleumdung und Körperverletzung sind angeklagt: Hauptmann Alfred Reubardt und der Leutnant Werbelmann und die Leutnantin Die Anklage legt ihnen zur Last, ihren Kameraden, den Leutnant Viehweg, beschimpft und körperlich mißhandelt zu haben. Ueber diese Dinge ist früherzeit im „Vorwärts“ berichtet worden. Viehweg hatte in einer öffentlichen Versammlung am Abend vorher den monarchistischen Geist und die regierungsfeindlichen Gesinnung im Potsdamer Offiziersklub geäußert. Von den übrigen Offizieren wurde er deshalb als „Spitze“ bezeichnet, da er selber diese Gespräche miterschlossen mitgemacht hatte. Als er am nächsten Tage das Aufseheramt wurde, wurde er überfallen und verprügelt. In den heutigen Prozeß schließt sich in den nächsten Tagen eine Gegenklage des Potsdamer Offiziersklubs gegen Viehweg wegen Verleumdung an. Erst am letzten Donnerstag wird mit der Beweisaufnahme begonnen. Der Eintritt zur Verhandlung ist eigenartigweise nur mit Karten gestattet; im Zuschauerraum sitzen fast ausschließlich Offiziere. Das Gericht setzt sich aus drei Offizieren, einem Sergeanten und einem Gezeiten zusammen. Als Zeugen sind sieben Offiziere geladen. Die Angeklagten haben Viehweg im Offiziersklub am 18. September bei seinem Eintritt zugerufen: „Maus, Du Schuft und Lump!“ Der eine Angeklagte rief ihm die Wuchelstude ab, der dritte Angeklagte warf ihn auf die Straße. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Unabhängiger Parteitag.

Vertagung; Konferenzen.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende Brach-Kemisch mit, daß sich gestern Abend noch dem Referat Ledebours die Möglichkeit ergeben habe, eine Verständigung zwischen den Anhängern der Resolution Ledebour (die befaßlich eine Verhandlung der revolutionären sozialistischen Gruppen aller Länder einschließlich der Moskauer Internationale zur Bildung einer neuen Internationale verlangt) und den Anhängern der Resolution Stoecker (die ein bedingungsloses Anschließen an die Moskauer Internationale verlangt) ergeben habe. Diese Verhandlungen hätten gestern noch nicht zu Ende geführt werden können. Das Bureau sei der Meinung, daß der Kongreß sich solange vertagen soll, bis ein Ergebnis der Verhandlungen erzielt sei. (Zuruf von der anwesenden kommunistischen Linken: Der Aufstand kann losgehen! Große Unruhe.)

Der Parteitag wird darauf vertagt und die Anhänger der beiden Gruppen ziehen sich zu Sonderberatungen in getrennte Nebenräume zurück.

Amerikanische Studienkommission in Deutschland.

(Zurückkunft eines Schweizer Mitarbeiters.)

Am Dienstag nachmittag hat sich von Basel aus eine zwölfköpfige amerikanische Studienkommission nach Deutschland begeben, um die deutsche Lebensmittel- und Rohstoffversorgung zu studieren. Die Kommissionmitglieder werden sich auf verschiedene Gebiete Deutschlands verteilen, um nach Abschluß der Studien in Berlin zur Rücksprache mit der deutschen Regierung zusammenzutreffen.

Arbeiterfiedlungen in Nordfrankreich.

Ueber die Vorläge, die von der deutschen Regierung in der Frage der Unterbringung der deutschen Arbeiter in Nordfrankreich der französischen Regierung gemacht worden sind, berichten die B. S. N.:

Die deutsche Regierung hat die Unterbringung der beim Wiederaufbau in Nordfrankreich beschäftigten Arbeiter und die Durchführung der Wohnfabrikentrichtungen in einem bisher unerreichten Umfang vorbereitet. Gerade in der Unterfrankreichfrage suchte man, sowohl was den Bauplan, als die technische Art des Aufbaues anlangt, ganz neue Wege, eben weil, wie bekannt, bei der Arbeiterkraft die „militärische“ Bauweise durch die Erfahrungen des Krieges verpönt geworden ist.

Es sind rein aus dem praktischen Bedürfnis Arbeiterfiedlungen geplant, die gleichzeitig als Schule für die spätere Siedlung in der Heimat dienen sollen, wo die Arbeiter an einen Wirtschaftsbetrieb mit Garten- und Gemüseanlage gewöhnt werden. Als Wohnungseinheit in dem Wohnhaus gilt die Stube für zwei bis drei Mann, denen sie bei Tag und Nacht Erholung und völlige Ruhe zu geben imstande sein muß. Auf der linken Seite des Ganges, an dem diese Stuben liegen, sollen Räume für allgemeine Reinigung des Körpers, des Anzugs und Schuhwerks mit Trockenschrank und Abort, rechts die Feierabendstube sein. Im weiteren Ausbau wären ein Speisesaal, der gleichzeitig als Versammlungssaal verwendet werden könnte, mit Les-, Spiel-, Musik- und Unterhaltungszimmer, Kichen, Kantinen mit Zubehör, Lazarett, Badehaus, Wäschereianlage, Stallungen und Wirtschaftsgebäude, Turn- und Spielplätze, Sonnenbad usw. zu schaffen. Alles soll persönlich gehalten, nicht einem Schema unterworfen werden. Für die technische Art des Aufbaues würde die moderne sparsame Bauweise volle Berücksichtigung finden.

Marcel Laurent zum Wiederaufbau.

Der französische Gewerkschaftssekretär Marcel Laurent schreibt in der „Gazette“ über die Verhandlungen, die Deutschland seit längerer Zeit mit Frankreich über die Bestellung von Arbeitern für die französischen Nord- und Ostdepartements führt. Deutschland wolle diese Arbeiten in näher zu bestimmenden Bezirken als verantwortlicher Hauptunternehmer ausführen, nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Regierung. Aber Deutschlands Revolution lasse dem Volk und besonders den Arbeiterorganisationen einen großen Anteil an der Verwaltung. Aus diesem Grunde habe die deutsche Regierung die gewerkschaftlichen Organisationen gefragt, ob sie bei der Rekonstruktion der notwendigen Arbeiter mitwirken wollten. Diese Gewerkschaften hätten erklärt, daß die deutschen Bauarbeiter es für eine Ehrenpflicht hielten, der Bevölkerung Nordfrankreichs zu helfen. Die deutschen Gewerkschaften stellen allerdings gewisse Bedingungen für ihre Mitarbeit, worunter die, daß durch Einverständnis zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen von Frankreich und Deutschland ein unehrlicher Wettbewerb der deutschen Arbeiter in Frankreich sowie überhaupt alles, was zu Reibungen führen könne, verhindert würde. Marcel Laurent findet das sehr natürlich. Vor Monaten habe die deut-

sche Regierung dies mitgeteilt. Wenn man die Legitimität der Forderungen der deutschen Gewerkschaften anerkannt hätte, dann würden unzweifelhaft Hunderttausende von qualifizierten deutschen Arbeitern längs an der Arbeit sein. Frankreich hätte Deutschland seine Arbeitskräfte zuwenden können und hätte nicht eine diplomatische Methode anzuwenden müssen, die die deutschen Demokraten in eine schiefen Lage brachten und der Reaktion diene, so daß Frankreich wieder einmal für den Rest der Brücke (für den alten Brücken) arbeite.

Italienische Hilfe für die Kinder Wiens.

(Mitteilung unseres römischen Korrespondenten.)

Nachdem der Papst 100 000 Lire für die hungernden Kinder Österreichs gegeben und die Bischöfe aufgefordert hat, Sammlungen zu veranstalten und die sozialistische Verwaltung der Provinz Bologna für gleiche Zwecke 50 000 Lire bestimmt hat, veröffentlicht die heutige „Tribuna“ einen Aufruf, in dem Giuseppina Le Maire, die hochverdiente Helferin der Armen Roms, langjährige Leiterin der römischen Frauenbibliothek, sich an alle Frauen Italiens wendet um Geldspenden für die hungernden und frierenden Wiener Kinder. In Italien ist der Kriegshunger verbannt. Man kann mit Bestimmtheit erwarten, daß Spenden der italienischen Mütter reichlich fließen werden.

Der italienische Parteivorstand über die Wahlen.

(Von unserem römischen Mitarbeiter.)

Der Parteivorstand hat in der folgenden Tagesordnung die Bedeutung festgelegt, die er dem italienischen Wahlsieg beimißt:

„Angefaßt der Wahlergebnisse und der Art, in der der Wahlsieg von Seiten der Sozialisten ohne Beschleunigung, Galtigkeit und Rücksichtnahme auf den Erfolg geführt worden ist, hebt der Parteivorstand hervor, daß der Wahlsieg erstens die völlige Solidarität mit der russischen Arbeiterpartei bedeutet und die Aufhebung der italienischen Regierung, sofort die Sowjetrepublik anzuerkennen; zweitens den Sieg des maximalistischen Programms, so daß das Anstreben der Verwirklichung dieses Programms heute eine Verpflichtung darstellt, die die Partei gegenüber der großen Masse der Wähler übernommen hat.“

Der Parteivorstand spricht allen Abteilungen und Genossen seine lebhafteste Ermunterung über ihren unermüdbaren Kampfeifer aus und entwirft dem organisierten Proletariat den Ausdruck seines wärmsten Beifalles, daß es in diesem Kampfe zur sozialistischen Partei gehalten hat, als dem politischen Ausdruck seiner Klasseninteressen, und fordert alle Parteigenossen auf, die Arbeit der Agitation, der Werbetätigkeit und Organisation zu steigern, um den Sieg immer mehr zu festigen und sich beständig vor Augen zu halten, daß die Wahlen nur eine Episode des Klassenkampfes sind, nicht Selbstzweck, sondern eines der Mittel zur Erreichung des Endziels.“

Der Parteivorstand beschloß weiter, in einem Brief seines Schriftführers Bombacci den Ministerpräsidenten aufzufordern, die russischen Gefangenen in Italien in Freiheit zu lassen. Es handelt sich um unglückliche Gefangene, die beim österreichischen Zusammenbruch in österreichischen Händen waren und nach Italien flüchteten. Der Brief gibt auch den wiederholt launigen Bemerkungen wieder, daß unter diesen Gefangenen Werber versuche für die Heere Denikins und Polzaks gemacht wurden. Für Beschäftigung und Unterhalt werde die italienische Partei sorgen. Der Vorstand fordert weiter, daß sich die italienische Regierung mit der russischen wegen der Heimkehr der ins Gewerbe genommenen, daß sie einer Vertretung der sozialistischen Parlamentsfraktion, in Begleitung russischer Vertrauenspersonen, den Besuch der Gefangenen in Annara erlaube, um eine Erhebung über ihre Behandlung vorzunehmen, daß weitere Internierungen, wie sie aus Anlaß Koffschaks und seiner Vertreter vorgenommen werden, unterbleiben.

Schließlich beschloß der Parteivorstand, im Gegensatz zu den bisherigen Gewerkschaften, die Parlamentsfraktion aufzufordern, bei der Trennung anwesend zu sein, um eine antimilitaristische Kundgebung zu veranstalten.

Kleine politische Nachrichten.

Vor der Arbeitsaufnahme in Bitterfeld. Das Abstimmungsresultat der Volksversammlungen der Belegschaften über die Arbeitsaufnahme liegt noch nicht vor, jedoch ist zu erwarten, daß die Wiederaufnahme der Arbeit mit 5000 gegen etwa 1000 Stimmen beschlossen werden wird.

Arbeitsarbeit in Lübeck. Auf Verlangen der Arbeiterchaft wird auf der großen Rostocker Schiffsverwerft Aktiengesellschaft die Arbeit wieder eingeführt. Von den übrigen Schiffsverwerften liegen noch keine entsprechenden Beschlüsse vor.

Die Reichseisenbahn. Donnerstag sind in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Dr. Voß die Chefs der Eisenbahnverwaltungen der Länder mit Staatsbahnbesitz zu eingehenden Besprechungen über frühzeitige Übernahme der Eisenbahnen auf das Reich zusammengetreten. Die Verhandlungen werden mehrere Tage dauern.

Der Abtransport aus dem Baltikum. Nach Meldung der B. S. N. haben bis zum 3. Dezember die Grenze überschritten 15930 Militärpersonen und 2709 Flüchtlinge. — Die Nachricht eines tiefen Wintern, daß die Räumungsfrist um 2½ Monate verlängert sei, ist unzutreffend. Der Abtransport wird bis 13. Dezember beendet sein.

Aufruf zur Jugendpflege. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt, Stogerwald, hat an die maßgebenden Stellen einen Erlaß gerichtet, in dem er auf die Notwendigkeit einer Fernhaltung der Parteipolitik von der Jugendpflege hinweist. Der Minister behauptet die Verwirrung der stillen Begriffe und hält ein anderes Zusammenarbeiten von Familie und Schule für erwünscht. Besonders wird auf die Not der weiblichen Jugend hingewiesen und im Schluß des Erlasses die Hoffnung auf ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten der beteiligten Vereine und Verbände untereinander ausgesprochen.

Der Umfang der Kirchenaustrittsbewegung. Die Zahl der Konfessionslosen betrug vor dem Kriege in Deutschland ca. 212 000. Während des Krieges trat die Kirchenaustrittsbewegung stark zurück. Sie hat in den letzten Monaten wieder so stark eingesetzt, daß nach kirchlichem Eingeständnis in Groß-Berlin allein 50 000 neue Kirchenaustritte erfolgt sind. Aber auch im Rheinland und im Freistaat Sachsen ist die Bewegung sehr stark. Beim Amtsgericht Berlin-Wilte erfolgten vom 1. Januar bis 30. September 1919 22 564, im Oktober weitere 4810 Austritte, beim Amtsgericht Neukölln bei Berlin in derselben Zeit 8512. In Neudörfen erfolgten im Oktober weitere 1851 Austritte. So daß mit den schon vor dem Kriege vorhandenen 15 000 Konfessionslosen in Neudörfen die Zahl der Konfessionslosen die Zahl der Katholiken (21 000) schon übersteigt, 10 Proz. der Bevölkerung, welches Verhältnis sich durch täglich hunderte Austritte ständig ändert. In Groß-Berlin ist daraufhin auch schon an sechs Volksschulen ein entsprechend abgeänderter Konfessionsloser Unterricht eingerichtet worden.

